

Region

Heizen gegen den Klimawandel

Energiegesetz Kanton Bern Immer mehr Hauseigentümer ersetzen ihre Ölheizung mit einer nachhaltigeren Anlage – unter ihnen das Ehepaar Zimmermann aus Laupen. Die Kosten waren zweitrangig.

Fabio Peter

Statt eines Tanks im Keller haben Zimmermanns seit neuestem eine Sonde unter der Einfahrt – 170 Meter tief in der Erde. Im vergangenen Oktober hat das Ehepaar seine Ölheizung durch eine Wärmepumpe ersetzen lassen.

«Wir wohnen seit 28 Jahren in diesem Einfamilienhaus», sagt Manfred Zimmermann. Schon beim Einzug hätten sie mit einer alternativen Heizung geliebäugelt, die finanziellen Möglichkeiten reichten jedoch nicht aus. «Wir wussten aber, dass wir irgendwann die Heizung wechseln müssen.» Als sie sich entschlossen, auch nach der Pensionierung im Haus zu bleiben, sei der richtige Zeitpunkt gekommen.

Rund 90'000 Ölheizungen im Kanton Bern spenden den Menschen in den kalten Wintermonaten Wärme – und tragen massgeblich zum Klimawandel bei. Laut dem Bundesamt für Energie hat der Kanton Bern einen überdurchschnittlichen Anteil an Ölheizungen im Vergleich zur restlichen Schweiz.

Erst mal ein Nein

Trotzdem oder gerade deswegen lehnte die Bevölkerung vorletztes Jahr das neue Energiegesetz des Kantons Bern mit 50,6 Prozent knapp ab. Dieses hätte Hauseigentümer verpflichtet, alte Ölheizungen durch ökologische Varianten wie Wärmepumpen, Holz oder Fernwärme zu ersetzen. Einer der Hauptgründe für das Nein war laut einer Nachwahlanalyse des Meinungsforschungsinstituts GFS Bern die finanzielle Belastung, welche ein Heizungswechsel mit sich bringt.

Als Konsequenz setzt der Kanton seither auf verstärkte Anreize: Wenige Monate nach der Ab-

«In den Köpfen der Menschen hat sich etwas bewegt.»

Manfred Zimmermann,
Hausbesitzer

stimmung nahm der Grosse Rat einen Vorstoss der BDP grösstenteils an. Dieser forderte unter anderem eine Erhöhung der Subventionsbeiträge von 4500 auf 10'000 Franken für Eigentümer, die zu einer nachhaltigeren Heizmethode wechseln. «Das deckt vielleicht 20 Prozent unserer Ausgaben für die Wärmepumpe mit Erdsonde ab», sagt Angelina Zimmermann.

Die höheren Subventionen zeigen Wirkung. Im Vergleich zu früheren Jahren hat die Anzahl der Gesuche laut dem Amt für Energie und Umwelt seit Juli 2019 um das Siebenfache zugenommen. Bis Ende 2020 wurden rund 5000 davon eingereicht,



Angelina und Manfred Zimmermann vor der neuen Wärmepumpe. Sie ersetzt den Ölkessel und den Boiler und ist damit sogar noch platzsparend. Foto: Raphael Moser

knapp ein Drittel wurde bereits umgesetzt. Höhere Investitions-, dafür tiefere Betriebskosten: So lautet die Gleichung beim Wechsel auf alternative Heizformen. Die Gesamtkosten mit einer Ölheizung sind letztlich höher, dafür über einen längeren Zeitraum verteilt. Wer heute noch darauf setzt, tut dies wahrscheinlich ausschliesslich aus finanziellen Gründen. Nicht so bei jenen, die sich für den Wechsel entscheiden.

Eine Frage der Einstellung

«Betriebswirtschaftlich rechnet sich die Wärmepumpe für uns nicht. Wir sind 65 Jahre alt. Diese Investition können wir nicht

amortisieren», so Manfred Zimmermann. Immer wieder betont er, dass man nicht alles aufs Geld reduzieren könne. «Es ist auch eine Frage der Weltanschauung.» Wenigstens müssten weder ihre Kinder noch sonst jemand, der das Haus übernehme, für den Wechsel der Heizung aufkommen. Die Erdsonde soll eine Lebensdauer von mindestens 50 Jahren haben. Bei der eigentlichen Wärmepumpe rechnen Zimmermanns mit rund 20 Jahren.

Weil es nicht nur eine Frage des Geldes war, ging die Familie einen Schritt weiter: Sie liess auch noch eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Hauses in-

stallieren. «Eine Wärmepumpe braucht auch Energie», erklärt Manfred Zimmermann. Diese aus unsauberen Quellen zu beziehen, ergäbe ökologisch keinen Sinn. So kann die Familie den grössten Teil des Energiebedarfs zumindest im Sommer gleich selber decken.

Administrativ einfach

So gross die Baustelle für das ganze Unterfangen war, so klein fiel der administrative Aufwand aus. «Alles lief über die beiden Firmen, die die Installation von Heizung und Fotovoltaik übernehmen», sagt Angelina Zimmermann – von der Anfrage beim Amt für Gewässerschutz bis

zum Antrag auf Subventionen bei der Bau-, Verkehrs- und Umweltdirektion des Kantons Bern.

Neues Energiegesetz kommt

Mit ihrer Entscheidung sind die Zimmermanns der Politik zuvorgekommen. Der Berner Regierungsrat arbeitet bereits an einem neuen Energiegesetz, will er dem Amt für Energie und Umwelt zufolge noch dieses Jahr dem Grosse Rat vorlegen.

Der Grund für den erneuten Anlauf ist das CO₂-Gesetz auf Bundesebene. Zwar sind die nötigen Unterschriften für das Referendum zusammengekommen – vorwiegend von Verbänden aus der Auto- und Mineralölbranche. Nimmt die Schweizer Bevölkerung das Gesetz an der Urne aber an, gelten ab 2023 unter anderem strengere Höchstwerte für Gebäudeemissionen.

Eine Ausnahme gibt es für Kantone, die schon vorher in ihren Energiegesetzen sogenannte Mustervorschriften für den Ersatz von fossilen Heizungen übernommen haben. Für sie gelten die strengeren Richtlinien erst ab 2026. Damit erhalten die Kantone laut dem Amt für Energie und Umwelt mehr Zeit, den Vollzug des CO₂-Gesetzes vorzubereiten.

Teile dieser Mustervorschriften kamen schon im abgelehnten Energiegesetz des Kantons Bern vor. Seither hat sich die politische Lage aber verändert. Gemeinsam mit den höheren Subventionen und den nationalen Vorschriften könnte das Resultat dieses Mal anders ausfallen. Aber nicht nur deshalb: «In den Köpfen der Menschen hat sich etwas bewegt», ist Manfred Zimmermann überzeugt.